

N i e d e r s c h r i f t

der 24. Sitzung des Hauptausschusses am 13.09.2006

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal
Marktplatz 2
06100 Halle (Saale)

Zeit: 16:00 Uhr bis 16:35 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Oberbürgermeisterin Ingrid Häußler	
Herr Harald Bartl	CDU
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU
Herr Bernhard Bönisch	CDU
Herr Thomas Godenrath	CDU
Frau Ute Haupt	Die Linkspartei. PDS
Herr Dr. Bodo Meerheim	Die Linkspartei. PDS
Frau Heidrun Tannenberg	Die Linkspartei. PDS
Herr Rudenz Schramm	Die Linkspartei. PDS
Herr Gottfried Koehn	SPD
Herr Friedemann Scholze	FDP
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM
Herr Mathias Weiland	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Wolter	WIR. FÜR HALLE.
Herr Heinz Maluch	GRAUE
Herr Eberhard Doege	BG
Herr Dr. Hans-Jochen Marquardt	BG
Frau Dagmar Szabados	Bgm
Herr Egbert Geier	BG
Herr Dr. Thomas Pohlack	BG
Frau Kerstin Ruhl-Herpertz	Verw
Herr Thomas Willecke	Verw
Frau Annemarie Kraft	Verw

Entschuldigt fehlen:

Frau Isa Weiß	CDU
Herr Hendrik Lange	Die Linkspartei. PDS
Frau Gertrud Ewert	SPD
Frau Thea Ilse	WIR. FÜR HALLE.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 24. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde eröffnet und geleitet von **Frau Oberbürgermeisterin Häußler**.

Sie stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Abstimmungsergebnis zur Tagesordnung: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Es wurde folgende **T a g e s o r d n u n g** festgestellt:

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**
2. **Feststellung der Tagesordnung**
3. **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 12.07.2006**
4. **Vorlagen**
5. **Anträge von Fraktionen und Stadträten**
- 5.1. **Antrag der CDU-Ratsfraktion - Strukturierung und Begrenzung von gewerblicher und politischer Plakatierung**
Vorlage: IV/2006/05737
6. **Anfragen von Stadträten**
7. **Anregungen**
8. **Mitteilungen**

zu 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 12.07.2006

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift der 23. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses am 12.7.2006.

Die Mitglieder des Hauptausschusses genehmigten ohne förmliche Abstimmung die Niederschrift der 23. öffentlichen Sitzung am 12.7.2006 in der vorliegenden Fassung.

zu 4 Vorlagen

Es lagen keine Vorlagen vor.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.1 Antrag der CDU-Ratsfraktion - Strukturierung und Begrenzung von gewerblicher und politischer Plakatierung Vorlage: IV/2006/05737

Frau Oberbürgermeisterin Häußler informierte, dass dieser Antrag in der Tagung des Stadtrates am 26.4.2006 in den Fachausschuss für Planungsangelegenheiten, Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten und Hauptausschuss verwiesen wurde. Im Ausschuss für Planungsangelegenheiten wurde dem Antrag zugestimmt und im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten gab es einen Änderungsantrag, im Beschlussvorschlag den Textteil – *analog der Verfahrensweise der Verwaltungsgemeinschaft Wolfen* – zu streichen.

Herr Godenrath, Fraktion der CDU, sagte, dass die Intension Wolfen beachtet werden sollte, da hier eine gerichtliche Entscheidung getroffen wurde, nach der man sich orientieren kann.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler fragte nach weiteren Wortmeldungen hier im Hauptausschuss.

Herr Koehn, Fraktion der SPD, gab zu Protokoll, dass diese Regelung in dem laufenden Bewerberwettkampf noch keine Gültigkeit haben kann.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler antwortete, wenn der Stadtrat dies beschlossen hat, ist dies eh schon erledigt.

Herr Weiland, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Mitbürger, teilte mit, dass auch er für die Streichung des Textteiles ist.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig z u g e s t i m m t

Beschluss (in modifizierter Form):

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die gewerbliche und politische Plakatierung in der Stadt Halle (Saale) strukturiert und begrenzt werden kann.

Herr Doege, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit, Umwelt und Sport, hatte im Nachgang noch eine Frage zum Verfahrensweg. Hier im Hauptausschuss gab es eine Zustimmung zum Antrag. Er wies darauf hin, dass ein Prüfauftrag in die Ausschüsse verwiesen wurde. Es wäre nicht notwendig, formell nach der Ausschussbeteiligung, im Stadtrat diesen Prüfauftrag abzustimmen.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler fragte, ob dieser Antrag auf der Tagesordnung des nächsten Stadtrates stehe.

Dies wurde von **Frau Kraft, Protokollantin,** bejaht.

zu 6 Anfragen von Stadträten

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, fragte nach dem Stand des Stadionneubaues.

Herr Doege, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit, Umwelt und Sport, teilte mit, dass er im gestrigen Sportausschuss darüber berichtet hat. Die Situation ist gegenwärtig so, dass ein Verfahrensstand erreicht wurde und in die vertraglichen Verhandlungen gegangen werden könne, wenn der Grad der Verbindlichkeit einer Fördermittelzusage erhöht wird. Hierzu haben mit dem zuständigen Ministerien und dem Landesverwaltungsamt Gespräche stattgefunden. Er hofft, dass es in nächster Zukunft eine Auskunft geben wird, damit in konkrete Verhandlungen mit einem bevorzugten Bieter gegangen werden kann.

Frau Wolff fragte nach der Bewerberzahl.

Herr Doege antwortete, dass er dazu nur sagen könne, dass es mehrere Bewerber gibt.

Herr Godenrath, Fraktion der CDU, fragte nach der Höhe des Budgets für die Unterhaltung von Städtepartnerschaften.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler antwortete, dass es einen festen Betrag von ca. 190 T€ im Bereich der Oberbürgermeisterin gibt. Dieser variere je nach den besonderen Ereignissen, wo aufgestockt werde. Für das Jahr 2007 wurde für die 20-jährige Städtepartnerschaft mit Karlsruhe die Summe erhöht. In diesem Jahr wird die 30-jährige Städtepartnerschaft mit Grenoble gefeiert. Auch hier sind die notwendigen Mittel abgedeckt.

Herr Godenrath erwiderte, dass die 190 T€ doch nicht nur allein für die Städtepartnerschaften zur Verfügung stehen würden. Hier gibt es doch sicherlich noch Unterabschnitte.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler erwiderte, dass sie prüfen werde, wie viel für die Städtepartnerschaften eingeplant wurde.

Frau Dr. Bergner, Fraktion der CDU, fragte nach dem Stand der Vorbereitungen betreffend des Theaters der Welt und ob noch die Zusagen von Stadt und Land hinsichtlich der Finanzierung und Förderung gelten. Wie ist der Abfluss der Mittel, die die Stadt zugesagt hat bei der vorläufigen Haushaltsführung mit nicht bestätigtem Haushalt? Über die Volksbank hat die CDU schon 100 T€ zugesagt bekommen, welcher feststeht. Welche Mittel sind noch eingeworben worden? Welche Auswirkungen hat der Vermerk des Landesrechnungshofes?

Frau Oberbürgermeisterin Häußler antwortete, dass die Vorbereitungen planmäßig laufen. Das Internationale Theaterinstitut hat einen Vertrag mit der Stadt, also Herrn Froboese und Herrn Werner, als Intendanten. Diese haben ihrerseits einen Vertrag mit Herrn Maß ausgearbeitet. Herr Maß steht voll zur Vorbereitung und zur Führung von Gesprächen mit den Sponsoren zur Verfügung. Ein Sponsorenheft von guter Qualität ist erstellt worden, welches an die Sponsoren, mit denen man schon im Gespräch ist, verschickt wurde. Auch wurde festgelegt, wer welche Sponsoren speziell anspricht. Die Mittel des Landes seien zugesagt. Das Land hat aber auch noch keinen Haushalt verabschiedet. Im Haushalt von 2006 standen 50 T€. Diese fließen im Moment nicht ab, weil erst der Gesamtfinanzierungsplan erstellt werden muss. Die Stadt ist aber in Verhandlungen bemüht, dass das Landesverwaltungsamt diese Mittel frei gibt. Der Vermerk des Landesrechnungshofes hat auf die Stadt keinen Einfluss. Die Stadt wird begründen müssen, warum so vorgegangen wird, denn es ist eine freiwillige Maßnahme. Ihre Argumentation wird so aussehen, dass die Stadt Halle ein Konzept hat, sich jedes Jahr einen Jahresschwerpunkt zu setzen, um das Image der Stadt zu verbessern und die Vermarktung nach außen anzukurbeln. Dazu hat die SMG ein Konzept erstellt, wo für das Jahr 2008 das Theater der Welt enthalten ist. 2009 ist der Schwerpunkt Handel geplant und 2010 wegen des Geburtstages die IBA. Dafür sollen pro Jahr 100 T€ eingesetzt werden. Aus Sicht der Stadt werde begründet, dass wir diese Konzeption umsetzen und deshalb für das Jahr 2007 und 2008 jeweils 100 T€ in den Haushalt eingestellt haben, für das Theater der Welt werden nun aus 2007 und 2008 je 50 T€ von den Händelfestspielen weggenommen werden, so dass 300 T€ der Stadt Halle untersetzt sind.

Frau Dr. Bergner wandte ein, wie sich die Stadt die Arbeit von Herrn Maß vorstelle, wenn kein Geld da ist.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler antwortete, dass hierfür die 50 T€ des Landes ausreichend sind.

Auf die Anfrage des Herrn **Bartl, Fraktion der CDU**, nach dem Stand Singechor, wurde auf eine **Beantwortung im nichtöffentlichen Teil** hingewiesen.

Frau Dr. Bergner fragte nach der Regelung der Nachfolge des Leiters im Konservatorium.

Herr Dr. Marquardt, Beigeordneter für Kultur und Bildung, antwortete, dass über dieses Thema noch nicht gesprochen wurde.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler ergänzte, dass hier etwas getan werden müsse.

Herr Wolter, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Mitbürger, sprach die Neuaufstellung des Landesentwicklungsplanes an. Hier werde eine Entgegnung der Kommunen bis 30. Oktober 2006 erwartet. Er fragte, in welcher Form die Fraktionen bzw. die Ausschüsse in diese Entgegnung von Seiten der Verwaltung eingebunden werden.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler antwortete, dass der Landesentwicklungsplan in der regionalen Planungsgemeinschaft diskutiert worden ist, wo auch die Fraktionen vertreten sind. Zu dem hier gemachten Entwurf wurde im regionalen Planungsausschuss der Stadt Halle Stellung genommen und diese an die Planungsgemeinschaft weitergeleitet.

Um über den aktuellen Stand Auskunft geben zu können, werde sie sich mit Herrn Golnik in Verbindung setzen, damit der Stadtrat informiert werden kann, ob wir als Stadt nochmals involviert wurden, oder ob es sich erledigt hat.

Frau Tannenberg, Fraktion Die Linkspartei. PDS, griff noch einmal das Thema „Durchgang Zerbster Straße“ auf. Hier habe sich bisher nichts getan, was verabredet wurde. Der mittlere Durchgang sei geschlossen worden, obwohl dieser offen bleiben sollte. Sie fragte, wie die Stadtverwaltung auf die Schließung reagiert hat und wie es weitergeht mit den Rampen für Rollstuhlfahrer.

Herr Dr. Pohlack, Beigeordneter für Planen, Bauen und Straßenverkehr, informierte, dass die Absperrung nur vorübergehend sei. Die Stadtverwaltung hat Ende Juli eine Verfügung zum Bauen erlassen. Dagegen ist Herr Marseille gerichtlich in seiner Rolle als ehemaliger Eigentümer vorgegangen. Somit ist die Verfügung nicht wirksam gewesen. Vor dem Verwaltungsgericht wurde mit dem Ergebnis verhandelt, dass die Position der Stadt auf Aufrechterhaltung des öffentlichen Weges grundsätzlich bestätigt wurde und Herr Marseille wurde beauftragt, mit der Stadt Halle einen Vergleich zu schließen. Dieser Vergleich, welcher auf eine Kostenteilung hinausläuft, wird zurzeit erarbeitet. Nun ist es eine Zeitfrage, wann mit dem Baumaßnahmen begonnen werden kann.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion Die Linkspartei. PDS, fragte, ob Herr Marseille nach Gerichtsbeschluss die Absperrung nicht hätte beseitigen müssen.

Herr Dr. Pohlack antwortete, dass er spätestens bei Baubeginn die Absperrung beseitigen muss. Zum Zeitpunkt der Gerichtsverhandlung war das Gitter noch nicht angebracht.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler warf ein, das nun wieder gerichtlich zur Beseitigung des Gitters vorgegangen werden muss.

Herr Dr. Pohlack verneinte dies. Dies sei auch Gegenstand des Vergleiches. Die öffentliche Zugänglichkeit dieses Weges ist durch das Gericht mit bestätigt wurden.

Frau Tannenberg fragte, ob die Kostenteilung alle drei Durchgänge betreffe.

Herr Dr. Pohlack entgegnete, dass dies zunächst erst einmal den mittleren Durchgang, betreffe.

Herr Dr. Meerheim fragte nach den anderen Durchgängen.

Herr Dr. Pohlack antwortete, dass sich die Stadt betreffend der Kosten auf einen Durchgang konzentriert, welcher aufgrund der Wegelänge zunächst als ausreichend erscheint. Was die restlichen zwei Durchgänge betreffe, müsse erst mit dem Haushalt 2007 der Stadtverwaltung betrachtet werden.

Herr Dr. Meerheim fragte nach den Wegerechten.

Herr Dr. Pohlack sagte, dass es rechtlich das Gleiche sei.

Herr Dr. Meerheim erwiderte, dass Herr Marsaille nicht das Recht habe, die Durchgänge zuzumachen.

Herr Dr. Pohlack bestätigte dies. Was die Sanierung des Weges betrifft, ist die Stadt auch zur Hälfte mit beteiligt.

Frau Tannenberg ergänzte, dass die Frage der Sicherheit nicht direkt die Durchgänge betreffe, sondern die Rampen bei allen drei Durchgängen für die Rollstuhlfahrer. Hier müssen Sicherheitsmaßnahmen getroffen werden.

Herr Dr. Meerheim bemerkte, dass es doch nicht so teuer sein kann, die Rampen zu erneuern.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler schlug vor, dass Herr Dr. Pohlack, diese Problematik noch einmal im Ausschuss für Planungsangelegenheiten besprechen sollte.

Herr Dr. Pohlack warf ein, dass die Kosten relativ klar sind. Diese wurden schon vor der Verfügung ermittelt.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler führte aus, dass der weitere Bedarf an Geldern zur Reparatur der anderen beiden Durchgänge nur im Zusammenhang mit dem Vermögenshaushalt 2007 ermittelt werden kann. Die Baumaßnahmen sind mit kommunalen Eigenmitteln nicht ausfinanziert.

Herr Dr. Pohlack fügte noch hinzu, dass Herr Marsaille selber nicht mehr Eigentümer dieser Häuser ist. Er muss sich aber wahrscheinlich deshalb darum kümmern, weil er möglicherweise eine Klausel in seinem Kaufvertrag hat, wo er das Grundstück von solchen Lasten frei zu übergeben hat. Die Eintragung ins Grundbuch sei noch nicht vollzogen, deshalb sei er formal noch Eigentümer der Häuser.

Weitere Anfragen gab es nicht.

zu 7 Anregungen

Anregungen gab es nicht.

zu 8 Mitteilungen

Frau Oberbürgermeisterin Häußler informierte, dass das Sommerfest der Landesregierung in Brüssel am 18. 9. 2006 stattfindet. Die Landesregierung eröffnete dort neu ihre Landesvertretung. Vor dem Hintergrund des 1200-jährigen Geburtstages wurde die Stadt Halle gefragt, ob sie sich dort vorstellen möchte. Sie erläuterte, wie sich unsere Stadt als Medienstadt vorstellt.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler beendete die 24. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses.

Ingrid Häußler
Oberbürgermeisterin

Kraft
Protokollführerin